



Deutscher Lehrerverband Hessen	
Landesvorsitzende	An den Eichen 8, 34599 Neuental Tel. 06693-1420 Fax 06693-1394 e-mail: Deutscher-Lehrerverband-Hessen@gmx.de www.dlh-hessen.de
Edith Krippner-Grimme	



Neuental, den 15.12.2015

Inhalt der dlh-Nachrichten VI-2015

Beihilfekürzung aus Nullrunde wird Minusrunde

Flüchtlinge, Asylsuchende: Die geplante Umsetzung an den Schulen

Erlass Einstellungsverfahren / Ergänzende Regelungen

Kerncurricula für die gymnasiale Oberstufe

Ankündigung des Ministerpräsidenten bezüglich Ressourcenerhöhung im Bildungsbereich

Hessische Leistungsanreizverordnung

Hessischer Philologenverband wählt neuen Vorsitzenden

Beihilfekürzung aus Nullrunde wird Minusrunde

Dass die Hessische Besoldungsstelle noch kurzfristig vor den Herbstferien eine Abfrage der Entscheidung bezüglich der Beibehaltung der Beihilfefähigkeit für Wahlleistungen im Krankenhaus (Chefarztbehandlung und Zweibettzimmerzuschläge) durchführen wird, war im HPRLL nicht bekannt.

Bekannt war hingegen die Entscheidung des Kabinetts, zum 1.11.2015 die Bestimmungen der Beihilfe zu ändern. Der HPRLL meinte, dass das HKM hier eine gewisse Fürsorgepflicht habe. Fest stand zu diesem Zeitpunkt auch die Zuzahlung von 18,90 EUR monatlich, die die Personen zu zahlen haben, die Chefarztbehandlung und Doppelzimmerprivileg beibehalten wollen.

Durch eine kurzfristige Anfrage beim Innenminister konnte durch den Deutschen Beamtenbund Hessen (DBB Hessen) zumindest geklärt werden, dass diese Zuzahlung kein Krankenversicherungsbeitrag ist. Der direkt von der Hessischen Besoldungsstelle einbehaltene Beitrag von 18,90 EUR fließt damit den Beihilfeberechtigten erst gar nicht zu und wird von daher auch nicht mit Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag belastet.

Zusammen mit der Nullrunde für dieses Jahr ergibt sich somit eine negative Nettolohnentwicklung für alle Beamte im Land Hessen. Da überwiegend verbeamtete Lehrkräfte in Hessen tätig sind, bleibt zu hoffen, dass der dbb gegen die weitere Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung Klage erheben bzw. in irgendeiner Form vorgehen wird.



Der **dlh** ist der Auffassung, dass eine weitere Aushöhlung des Alimentationsprinzips bei stets wachsenden Belastungen nicht hinnehmbar ist und hofft, dass die Klage bzw. die geplanten Aktionen die entsprechenden Erfolge erzielen werden.

Flüchtlinge, Asylsuchende: Die geplante Umsetzung an den Schulen

Zu diesem Punkt wird dem HPRLL regelmäßig berichtet. Dass die verstärkte Zuwanderung die Behörde vor große Herausforderungen stellt, ist dem **dlh** bewusst. Er tritt dafür ein, dass die zusätzlichen Belastungen so abgefedert werden, dass nicht noch weitere Belastungen auf die ohnehin schon hohe Belastung der Lehrerinnen und Lehrer hinzukommt. Er weist darauf hin, dass die im Sommer erfolgte Ressourcenumlenkung (Kürzungen in Grundschulen, gymnasialen Oberstufen und beruflichen Gymnasien) in diesem Prozess nicht zielführend war. Er fordert die Rücknahme dieser Umlenkungen, da sie eine Aufnahme von asylsuchenden Kindern in Regelklassen stark erschwert wenn nicht gar unmöglich machen.

Eine Reihe von Elternprotesten zeigt sich bereits in den Ballungsräumen, da hier der Druck auf die Schulen schon groß ist.

Der **dlh** ist der Auffassung, dass im Zuge einer verstärkten Zuwanderung an schulpflichtigen Kindern auch die zusätzlichen materiellen, personellen und inhaltlichen Ressourcen bereitgestellt werden müssen, damit diese adäquat beschult werden können. Er weist darauf hin, dass es sinnvoll ist, wenn das Kultusministerium zukünftig folgende Punkte zentral organisiert:

- Sicherstellung der schulärztlichen Untersuchung
- Überprüfung der Schulformeignung
- Gezielte sprachliche Förderung, die die Regelbeschulung ermöglicht
- Individuelle psychologische Betreuung durch Sozialpädagogen und Psychologen
- Entwicklung von Curricula, die der besonderen Lebenslage dieser Kinder und Jugendlichen gerecht werden, um ihre Integration in die deutsche Gesellschaft zu ermöglichen.

Erlass Einstellungsverfahren / Ergänzende Regelungen

Hier verhandelte der HPRLL mit der Dienststelle die Ergänzungen zum Einstellungsverfahren, um Kolleginnen und Kollegen mit Deutsch als Zweitsprache (DAZ) für den Unterricht in Integrationsklassen und Flüchtlingsbeschulung zu finden. Hier wurden sogar die Ranglisten mit entsprechenden Merkmalen (DAZ) versehen und Fragebogen zur Bereitschaftsbekundung der Kolleginnen und Kollegen verschickt. Auch die Abfrage der Bereitschaft über Internetseiten wurde vorgestellt und diskutiert. Es waren deutlich die Bemühungen der Dienststelle zu erkennen, zeitnah eine zufriedenstellende Situation zu erreichen. Der HPRLL verständigte sich mit der Dienststelle auf folgende Prioritätenliste:

1. unbefristet eingestellte Lehrkräfte (Voll- und Teilzeit)
2. Bewerber/innen für eine Einstellung
3. Bewerber/innen ins Referendariat
4. Pensionäre



Weiterhin kamen im HPRLL die Modalitäten der Basisqualifizierung von Lehrkräften in der Hessischen Lehrkräfteakademie und die Anforderungen bei den Weiterbildungskursen DAZ zur Sprache.

Hier meint der **dlh**, dass für das Kultusministerium und die Lehrkräfteakademie zwar eine gewisse Verlässlichkeit hergestellt, aber den Bewerberinnen und Bewerbern auch eine Perspektive eröffnet werden muss. Ob dies allerdings mit deren Zusage (DAZ auf unbestimmte Zeit) besonders werbewirksam ist, bleibt dahingestellt. Es bleibt zu befürchten, dass dieser Zusatz viele Kolleginnen und Kollegen, die noch keine feste Anstellung haben, eher abschrecken wird.

Kerncurricula für die gymnasiale Oberstufe

Hier ist der HPRLL wie der **dlh** der Auffassung, dass die kommende Einführung für die Kolleginnen und Kollegen mit zusätzlichen Belastungen verbunden ist. Positiv kann der **dlh** anmerken, dass bei diesen Veränderungen wenigstens nicht alle Schulgemeinden damit befasst wurden, jeweils eigene schulinterne Curricula zu entwerfen.

HPRLL und **dlh** kritisieren, dass der Einführungserlass einige der gültigen Inhalte der Schulstufen Q1-Q4 jeweils jährlich neu festlegt. Im Zentrum der Kritik des HPRLL standen exemplarisch die Fächer Politik und Wirtschaft und Deutsch, bei denen festzustellen war, dass Themengebiete teilweise gänzlich den Schülerinnen und Schülern vorenthalten werden (können).

Der **dlh** kann die Entwicklung des aus seiner Sicht mit der Einführung des Landesabiturs begonnenen Trends „teaching to the test“ nicht gut heißen. Er findet, dass diese Entwicklung besorgniserregend ist; sie könnte der Einrichtung von Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen/Universitäten Vorschub leisten.

Seiner Meinung nach bewegt sich das Abitur immer weiter weg von einer Prüfung, die die allgemeine Hochschulreife zum Ziel hat. Hier gilt es gegenzusteuern.

Ankündigung des Ministerpräsidenten bezüglich Ressourcenerhöhung im Bildungsbereich

Vom Ministerpräsidenten erfolgte im November die Ankündigung, zusätzliche Ressourcen für die Bewältigung der Aufnahme von Asylsuchenden zur Verfügung zu stellen. Da ein nicht unerheblicher Teil davon auch in Form von Stellen an die Schulen kommen soll (man spricht von zunächst 800 Stellen), versteht dies der **dlh** als einen Schritt in die richtige Richtung. Da der momentane Bedarf aber schon größer zu sein scheint, kann der Schritt aber nur als erster Schritt bezeichnet werden, dem weitere folgen müssen. Im HPRLL wird die Entwicklung kritisch begleitet, und er versucht dort, wo entsprechende Nöte entstehen, aktiv auf die Verantwortlichen der Dienststelle einzuwirken.

Weiterhin ist der **dlh** der Meinung, dass die im Sommer erfolgten Umschichtungen (vgl. S. 2), die unter anderem auch wegen der zunehmenden Zuwanderung entstanden sind, nun mit den weiteren Mitteln auch wieder ausgeglichen werden können. Diese Kürzungen im Bereich der gymnasialen Oberstufe, des beruflichen Gymnasiums und der Grundschulen hat zu viel Unverständnis und Verärgerung bei den Betroffenen geführt. Deshalb fordert der **dlh** mit seinen Gliedverbänden die umgehende Rücknahme der Kürzungen.



Hessische Leistungsanreizverordnung

Diese bereits in der Hessischen Landesverwaltung gültige Verordnung gab es mit der Dienststelle zu besprechen. In der Erörterung wurde recht rasch klar, dass diese für den Bereich der Lehrerinnen und Lehrer nach wie vor keine Anwendung findet.

Der **dlh** meint, es bleibt abzuwarten wie die neuen Beurteilungsrichtlinien an der Basis ankommen. HPRLL wie **dlh** hatten an diesen Beurteilungsrichtlinien – wie berichtet – viel zu kritisieren.

Da momentan das Thema Flüchtlingspolitik aber alles andere überlagert, wird es noch einige Zeit dauern, bis auf diesem Gebiet auch für die Lehrerinnen und Lehrer in Hessen Motivierendes geschieht.

Hessischer Philologenverband wählt neuen Vorsitzenden

Auf der Vertreterversammlung unseres Gliedverbandes HPhV wurde der Schreiber dieser Nachrichten zum Landesvorsitzenden gewählt und löst damit Dr. Knud Dittmann nach vielen Jahren an der Spitze des HPhV ab. Der **dlh** gratuliert herzlich.

Weiterhin verabschiedete der HPhV auf dieser Versammlung vier Resolutionen zu den Themen: Besoldungs- und Versorgungsanpassung, Lehrerarbeitsbedingungen, Sicherung der Ausbildungsqualität in der Oberstufe (Rücknahme der Kürzungen in der Oberstufe), Schulische Bewältigung der verstärkten Zuwanderung.

Zu finden sind die Resolutionen auf der Website des Hessischen Philologenverbandes unter www.hphv.de.

gez. Jürgen Hartmann



*Der dlh wünscht allen Kolleginnen und Kollegen,
ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich des
Hessischen Kultusministeriums und
der Lehrkräfteakademie ein gesegnetes Weihnachtsfest
und ein erfolgreiches Jahr 2016.*

